



---

**27. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales**

**Gremium:** Ausschuss für Gesundheit und Soziales  
**Sitzungstermin:** Dienstag, 21.06.2011, 18:00 Uhr  
**Ort, Raum:** Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

---

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.05.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten
- 4 Vorstellung der Potsdamer Bündnisse für Familien
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 5.1 Lebensmittelhygiene Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
- **Wiedervorlage** -  
**10/SVV/0642**
  - 5.2 Sicherung von Mindeststandards in der Abteilung Psychiatrie Fraktion Die Andere  
- **Wiedervorlage** -  
**11/SVV/0210**
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
  - 6.1 Report 2011 des Beauftragten für Menschen mit Behinderung Oberbürgermeister, Büro für  
Chancengleichheit und Vielfalt  
**11/SVV/0453**
- 7 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

## **Nichtöffentlicher Teil**

- 8 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.05.2011



## Niederschrift 27. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 21.06.2011
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:50 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

---

### Anwesend sind:

#### Ausschussmitglieder

Frau Dr. Gabriele Herzel	DIE LINKE	Sitzungsleitung
Frau Solveig Sudhoff	DIE LINKE	
Frau Christina Wolf	SPD	
Frau Dr. Brigitte Lotz	Bündnis 90/Die Grünen	

#### stellv. Ausschussmitglieder

Herr Dr. Ralf Otto	SPD
--------------------	-----

#### sachkundige Einwohner

Herr Ronny Besancon	DIE LINKE
Herr Uwe Fröhlich	Grüne/B90
Herr Jörg Jutzi	DIE LINKE
Herr Björn Karl	FDP
Frau Julia Laabs	Die Andere
Frau Thi Minh Lien Ngo	Migrantenbeirat
Herr Jan-Peter Schmarje	Behindertenbeirat

#### Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Soziales, Jugend, Gesundheit
---------------------------------	--

### Nicht anwesend sind:

#### Ausschussvorsitzender

Frau Jana Schulze	DIE LINKE	entschuldigt
-------------------	-----------	--------------

#### Ausschussmitglieder

Frau Heike Judacz	SPD	entschuldigt
Frau Maike Dencker	CDU/ANW	entschuldigt
Herr Björn Teuteberg	FDP	entschuldigt

#### sachkundige Einwohner

Frau Maria von Pawelsz-Wolf	CDU/ANW	entschuldigt
Frau Angela Basekow	SPD	entschuldigt
Herr Wolfgang Günther	SPD	entschuldigt
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat	entschuldigt

**Gäste:**

Frau Martina Trauth-Koschnick	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Karsten Häschel	Beauftragter für Menschen mit Behinderung
Frau Magdolna Grasnack	Beauftragte für Migration und Integration
Herr Dr. Christian Kieser	Klinikum „Ernst von Bergmann“
Frau Angelika Ehebrecht	FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
Herr Dr. Guido Schielke	Amtstierarzt
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

**Tagesordnung:****Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.05.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten
- 4 Bildung des Auswahlgremiums zur Förderung sozial- und gesundheitsfürsorge-rischer Angebote
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Lebensmittelhygiene  
Vorlage: 10/SVV/0642  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
- Wiedervorlage -
- 5.2 Sicherung von Mindeststandards in der Abteilung Psychiatrie  
Vorlage: 11/SVV/0210  
Fraktion Die Andere  
- Wiedervorlage -
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Report 2011 des Beauftragten für Menschen mit Behinderung  
11/SVV/0453  
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- 7 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch Frau Dr. Herzel als das an Lebensjahren älteste Mitglied des Ausschusses für Gesundheit und Soziales.

#### zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.05.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Zu Beginn der Sitzung sind 4 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

##### **Bestätigung der Niederschrift vom 17.05.2011**

Frau Dr. Herzel bittet um Abstimmung über die Niederschrift.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 3

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 2

*Der Niederschrift wird zugestimmt.*

##### **Bestätigung der Tagesordnung:**

Frau Dr. Herzel informiert, dass die Vorstellung der Bündnisse für Familien auf Wunsch der Bündnisse zurückgestellt werden soll. Dafür soll als neuer Tagesordnungspunkt 4 die "Bildung des Auswahlremiums zur Förderung sozial- und gesundheitsfürsorgerischer Angebote" aufgenommen werden. Die entsprechende Drucksache dazu wurde am 01.06.2011 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

Da es keine weiteren Änderungs- bzw. Ergänzungsvorschläge gibt, bittet Frau Dr. Herzel um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 5

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

*Der so geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.*

#### zu 2 Informationen der Verwaltung

##### **Sachstand Bildungs- und Teilhabepaket**

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass bisher 1929 Anträge auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket eingegangen sind. Mit heutigem Datum wurden insgesamt 435 Anträge auf BuT-Leistungen (vorrangig Klassenfahrten

und eintägige Ausflüge) bewilligt.

65 Anträge sind statistisch noch nicht erfasst. 5 Anträge wurden abgelehnt.

Die beantragten Leistungen gliedern sich wie folgt auf:

eintägige Fahrten (Kita): 87

eintägige Fahrten (Schule): 145

mehrtägige Fahrten (Kita): 72

mehrtägige Fahrten (Schule): 411

persönlicher Schulbedarf: 904

gemeinschaftliche Mittagsversorgung Kita: 459

gemeinschaftliche Mittagsversorgung Schule: 253

gemeinschaftliche Mittagsversorgung Hort: 78

Lernförderung: 106

Fahrkosten: 201

soziale und kulturelle Teilhabe: 480

Frau Sudhoff teilt mit, dass sie angesprochen wurde, dass eine Kita-Fahrt vor ca. vier Wochen beantragt wurde und bisher keine Reaktion der Verwaltung erfolgte.

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass die Stellen für das Bildungs- und Teilhabepaket erst seit Mitte Mai besetzt sind und jetzt die Anträge nach Priorität bearbeitet werden.

### **Turmstraße**

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass die Verwaltung beabsichtigt, nach der Sommerpause eine Beschlussvorlage zur Erweiterung der Kapazitäten für das Familienhaus in der Turmstraße auf den Weg zu bringen. Aufgrund der drastisch gesunkenen Bedarfszahlen für die Unterbringung jüdischer Auswanderer ist die Aufrechterhaltung dieser Unterbringungsform nicht mehr erforderlich. Um den Leerstand des Objektes zu verhindern und gleichzeitig dem erhöhten Unterbringungsbedarf für das Familienhaus gerecht zu werden, ergibt sich damit die Möglichkeit zur Erweiterung des Familienhauses, was auch die weitere Unterbringung der wenigen verbliebenen jüdischen Auswanderer ermöglicht. Die am Standort vorhandenen Kapazitäten ändern sich damit nicht. Auch dem Vertrag zur sozialen Nutzung des Objektes wird weiter Rechnung getragen.

Am 24.05.2011 wurde dazu eine Anwohnergemeinschaft durchgeföhrt, die sehr positiv verlaufen ist.

Die AWO als Träger muss dann zusichern, dass die Betreuungskapazität entsprechend ausgebaut wird.

### **Ehrenamtspass**

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass sich die LHP an den Freiwilligenpass des Landes Brandenburg angepasst hat. Die Staatskanzlei hat landesweit ca. 700 PassinhaberInnen registriert. Für die LHP kann diesbezüglich noch keine Aussage getroffen werden, da die Separierung nach Gebietskörperschaften aufwandsbedingt noch nicht möglich ist.

Sie schlägt vor, das Thema Ehrenamt gesondert als Tagesordnungspunkt in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Gesundheit und Soziales zu behandeln.

Abschließend weist Frau Müller-Preinesberger darauf hin, dass derzeit mit dem Hans-Otto-Theater über eine wertige Anerkennung des Passes dahingehend beraten wird, dass für maximal zwei Eintrittskarten pro Passinhaber eine 30%ige Ermäßigung gewährt wird.

### zu 3 **Berichte aus den Beiräten**

#### **Behindertenbeirat**

Herr Schmarje spricht die Barrierefreiheit der Potsdamer Polizeidienststellen an und macht darauf aufmerksam, dass es auch in der Polizeiwache in der Henning-von-Tresckow-Straße einen barrierefreien Zugang gibt. Dieser ist aufgrund der Baumaßnahmen zurzeit nicht gut zu erreichen.

Des Weiteren verweist Herr Schmarje auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage zur Neubesetzung der Behindertenberatungsstelle, aus der hervor geht, dass auch der Behindertenbeirat Beratungen durchführt. Diese Beratung kann nicht gewährleistet werden.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass dies so nicht gemeint und auch nicht beabsichtigt ist. Eine Nachbesetzung der Stelle ist angedacht.

Anschließend teilt Herr Schmarje mit, dass der Behindertenbeirat Informationen hat, dass der geplante Hort in Fahrland nicht barrierefrei gebaut werden soll, da auch die Schule nicht barrierefrei ist.

Da Frau Müller-Preinesberger davon keine Kenntnis hat, nimmt sie dies zur Klärung in die Verwaltung mit.

Abschließend informiert Herr Schmarje, dass in der vergangenen Woche der Potsdamer Ring für Menschen mit Behinderung gegründet wurde.

#### **Migrantenbeirat**

Frau Ngo berichtet aus der Sitzung des Behindertenbeirates vom 16.06.2011. In der Sitzung wurde das Sportprojekt für Frauen mit Migrationshintergrund im Rahmen des Landesprojektes "Integration durch Sport" vorgestellt. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass die Schwimmkurse für Frauen erfolgreich durchgeführt wurden.

Des Weiteren wurde über den Abruf der Dolmetscherleistungen der Stadtverwaltung beraten, da im Rahmen der Integrationskonferenz der LHP darauf hingewiesen wurde, dass Geldleistungen aus diesem Fonds abgerufen werden können. Nach Auskunft der Verwaltung wurden bisher nur zwei Anträge gestellt werden. Außerdem wurde das neue EU-Projekt „DICI – Discrimination in Cities: Achieving Change Through Cooperation“ vorgestellt.

Frau Dr. Herzel erinnert daran, dass verabredet wurde, dass die Vertreter der Beiräte im Vorfeld der Ausschusssitzung eine kurze Zusammenfassung ihrer Berichte an Frau Spyra senden, um die Informationen an alle Ausschussmitglieder schriftlich ausreichen zu können.

### zu 4 **Bildung des Auswahlgremiums zur Förderung sozial- und gesundheitsfürsorglicher Angebote**

Frau Müller-Preinesberger verweist auf die Richtlinie zur Förderung sozial- und gesundheitsfürsorglicher Angebote, die dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales in der Sitzung am 17.05.2011 vorgestellt wurde. Gemäß der Richtlinie, die am 01.06.2011 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde, sollen in dem zu bildenden Auswahlgremium drei Mitglieder des Ausschusses für

Gesundheit und Soziales mitarbeiten. Bisher haben Frau Schulze, Herr Günther und Frau Ngo ihr Interesse an der Mitwirkung im Auswahlgremium bekundet.

Herr Fröhlich bekundet ebenfalls sein Interesse an der Mitarbeit in dem Auswahlgremium.

Da es nun vier Kandidaten für die Mitarbeit im Auswahlgremium gibt, erfolgt eine geheime Wahl mittels Stimmzettel.

Frau Dr. Herzel ruft die stimmberechtigten Ausschussmitglieder einzeln zur Stimmabgabe einzeln auf. Alle fünf anwesenden Ausschussmitglieder nehmen an der Stimmabgabe teil.

Die Verteilung der abgegebenen Stimmen erfolgt wie folgt:

Herr Fröhlich erhält 5 Stimmen

Herr Günther erhält 4 Stimmen

Frau Schulze erhält 3 Stimmen

Frau Ngo erhält 1 Stimme

*Somit sind **Frau Schulze, Herr Günther und Herr Fröhlich** in das Auswahlgremium gewählt.*

## zu 5 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

### zu 5.1 **Lebensmittelhygiene**

**Vorlage: 10/SVV/0642**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- Wiedervorlage -

Frau Dr. Lotz weist darauf hin, dass sich derzeit die Situation etwas geändert hat. Sie bittet die Verwaltung um eine Aussage zum aktuellen Stand.

Herr Dr. Schielke informiert, dass die Verbraucherschutzministerkonferenz am 19.05.2011 die Einführung des Bewertungssystems zum 01.01.2012 beschlossen hat. Das System wird als Hygieneampel oder auch Hygienebarometer bezeichnet und soll bundeseinheitlich umgesetzt werden. Eine Länderarbeitsgruppe hatte im Vorfeld ein entsprechendes System erarbeitet. Geplant ist die gestaffelte Einführung, zunächst in Betrieben mit direktem Verbraucherkontakt.

Herr Dr. Schielke macht deutlich, dass für die Umsetzung ein personeller und materieller Mehrbedarf entsteht.

Frau Dr. Lotz fragt, ob die Veröffentlichung im Internet per Gesetz vorgesehen ist.

Herr Dr. Schielke bejaht dies.

Herr Fröhlich hält es für wichtig, im zweiten Schritt auch die Catering-Anbieter einzubeziehen.

Herr Dr. Otto schlägt vor, den Antrag für erledigt durch Verwaltungshandeln zu betrachten ist, da der Gesetzesentwurf über das hinaus geht, was hier beantragt wurde.

Frau Dr. Lotz bittet darum, dass der Ausschuss für Gesundheit und Soziales informiert wird, wenn das Gesetz in Kraft tritt.



Frau Müller-Preinesberger sichert die Information zu, sobald das Gesetz beschlossen ist.

*Der Antrag wird durch die Antragsteller zurückgezogen.*

## zu 5.2 **Sicherung von Mindeststandards in der Abteilung Psychiatrie**

### **Vorlage: 11/SVV/0210**

Fraktion Die Andere

- Wiedervorlage -

Frau Heigl bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Dr. Kieser (Klinikum „Ernst von Bergmann“) macht deutlich, dass mit dem Antrag das Grundanliegen des Klinikums „Ernst von Bergmann“ getroffen wird. Es sollen aber nicht nur die Mindeststandards erfüllt, sondern die bestmögliche Betreuung erfolgen.

In den Gesamtüberlegungen zum Umzug muss es darum gehen, dass das medizinische Konzept erhalten bleibt und weiterentwickelt werden kann. Das Raumkonzept muss sich an das medizinische Konzept anpassen.

Frau Sudhoff fragt, worum es in der Psychiatriepersonalverordnung geht.

Herr Dr. Kieser erklärt, dass hiermit die Personalbemessung für die Patienten festgelegt wird.

Frau Dr. Lotz fragt die Antragstellerin, ob diese hier Zweifel hegt.

Frau Heigl erklärt, dass bei der Umsetzung Probleme gesehen werden.

Herr Besancon richtet an Herrn Dr. Kieser die Frage, ob dieser aus fachlicher Sicht empfiehlt, dem Antrag zuzustimmen.

Herr Dr. Kieser macht deutlich, dass er an den bestmöglichen Standards interessiert ist.

Frau Laabs weist darauf hin, dass es im Zusammenhang mit dem geplanten Umzug bereits Proteste von Patienten gab.

Frau Müller-Preinesberger betont, dass es die Aufgabe des Klinikums ist, psychiatrische Erkrankungen zu erkennen und zu behandeln. Sie weist darauf hin, dass im Klinikum „Ernst von Bergmann“ sehr sensibel mit diesem Thema umgegangen wird. Sie macht auch deutlich, dass andere Kliniken ähnlich verfahren.

Anschließend macht sie darauf aufmerksam, dass der erste und dritte Anstrich des Antrages bereits gesichert sind. Im zweiten Anstrich sollte nicht „ausschließlich“ sondern „möglichst“ formuliert werden. Hier muss auch mit den Krankenkassen bezüglich der Finanzierung verhandelt werden. Sie sagt zu, den Ausschuss für Gesundheit und Soziales dann entsprechend zu informieren.

Frau Dr. Lotz fragt, ob es am Standort In der Aue auch Dreibettzimmer gibt.

Herr Dr. Kieser bejaht dies. Er macht darauf aufmerksam, dass die Integration der psychisch Kranken sehr wichtig ist. Dies ist in Krankenhäusern gut zu realisieren. Er macht deutlich, dass es in Potsdam eine Abteilungspsychiatrie gibt. Dies ist aus seiner Erfahrung für psychisch Erkrankte sehr wichtig und aus fachli-

cher Sicht der absolut richtige Weg.

Frau Dr. Herzel fragt die Antragstellerin, wie mit dem zweiten Anstrich des Antrages umgegangen werden soll.

Frau Laabs übernimmt den Vorschlag von Frau Müller-Preinesberger und formuliert den zweiten Anstrich wie folgt um:

„- am neuen Standort eine Unterbringung **möglichst** in Ein- und Zweibettzimmern gesichert ist“

Sie bittet, über den Antrag in der so geänderten Fassung abzustimmen.

Herr Dr. Otto weist darauf hin, dass der dritte Anstrich dem eigentlichen Anliegen widerspricht.

Frau Müller-Preinesberger macht darauf aufmerksam, dass der letzte Satz des Antrages bereits erfüllt ist. Die Information ist erfolgt. Der vorliegende Antrag suggeriert, dass Bedingungen nicht bedacht werden.

Frau Heigl ändert den ersten Satz des Antrages wie folgt:

„Die städtischen Vertreter/innen in den Gremien und Organen des Klinikums „Ernst von Bergmann“ werden beauftragt, sicherzustellen, dass **die Mindeststandards bei einem Umzug der Abteilung Psychiatrie des Klinikums „Ernst von Bergmann“ in die Innenstadt folgende Punkte beinhalten:**“

Frau Müller-Preineberger macht nochmals deutlich, dass die Diskretion gesichert ist.

Frau Sudhoff empfindet eher den Standort in der Aue als diskriminierend.

Herr Dr. Otto stellt folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung**:

*Es erfolgt die gesonderte Abstimmung zu den einzelnen Anstrichen des Antrages.*

Frau Dr. Herzel bittet um Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 5  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

Frau Dr. Herzel bittet um Abstimmung über den ersten Anstrich des Antrages.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 0  
Ablehnung: 5  
Stimmenthaltung: 0

Frau Dr. Herzel bittet um Abstimmung über den zweiten Anstrich des Antrages.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 5  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

Frau Dr. Herzel bittet um Abstimmung über den dritten Anstrich des Antrages.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 0  
Ablehnung: 4  
Stimmenthaltung: 1

Frau Dr. Herzel bittet um Abstimmung über den so geänderten Antrag.

**Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:**

Die städtischen Vertreter/innen in den Gremien und Organen des Klinikums „Ernst von Bergmann“ werden beauftragt, sicherzustellen, dass bei der Entscheidung über den Umzug der Abteilung Psychiatrie nur Varianten geprüft werden, die den Erhalt der erreichten fachlichen Betreuungsstandards sicherstellen. Ein Umzug an den Standort des Klinikums in der Innenstadt soll nur erwogen werden wenn:

**die Mindeststandards bei einem Umzug der Abteilung Psychiatrie des Klinikums „Ernst von Bergmann“ in die Innenstadt folgende Punkte beinhalten:**

- das Modell des „Potsdamer Tisches“ als Alternative zum „Wegsperrern“ von Patient/innen weiter umgesetzt werden kann
- am neuen Standort eine Unterbringung ausschließlich **möglichst** in Ein- und Zweibettzimmern gesichert ist
- die Diskretion für alle Psychiatriepatient/innen gewährleistet und ihre Stigmatisierung ausgeschlossen ist.

Die Stadtverordnetenversammlung ist rechtzeitig über die Standortentscheidung in den Gremien des Klinikums zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 1  
Ablehnung: 2  
Stimmenthaltung: 2

*Somit ist der Antrag abgelehnt.*

Frau Laabs gibt eine persönliche Erklärung ab. Sie macht deutlich, dass sie den Eindruck hat, dass immer wenn das Klinikum „Ernst von Bergmann“ thematisiert wird, geblockt wird. Sie hat das Gefühl, dass über das Klinikum nicht geredet werden soll.

Anschließend fragt Frau Laabs, ob die Verwaltung über die Entwicklungen im Ausschuss für Gesundheit informieren könne.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass die fachliche Diskussion sehr ausführlich geführt wurde. Es wird nicht die Entwicklung abgelehnt, sondern der Antrag in der vorliegenden Fassung.

Frau Müller-Preinesberger sagt zu, den Ausschuss über die Entwicklung zu informieren.

**zu 6            Mitteilungen der Verwaltung****zu 6.1        Report 2011 des Beauftragten für Menschen mit Behinderung  
11/SVV/0453**

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Herr Häschel schlägt vor, auf Fragen der Ausschussmitglieder zu antworten, da der Bericht in der Stadtverordnetenversammlung am 01.06.2011 vorgestellt wurde. Er weist auf die Arbeitsgruppen hin, die eingerichtet werden, um möglichst eine Vielfalt an Meinungen zu bekommen. Die Arbeitsgruppe „Bildung und Kultur“ startet bereits in der kommenden Woche.

Abschließend informiert er, dass das Konzept zum Teilhabeplan möglichst bis zum Ende des Jahres erarbeitet werden soll.

Frau Dr. Lotz spricht den „Appell an eine humane Arbeitswelt“ (Seite 6) an und fragt, ob es für das Land Brandenburg zu Burn-out-Erkrankungen Daten gibt.

Herr Häschel hat diesbezüglich keine genauen Zahlen, weiß aber, dass die Zahl deutlich zugenommen hat.

Frau Laabs weist darauf hin, dass die Situation in den Schulen in Bezug auf inklusive Bildung katastrophal ist. Aus ihrer Sicht ist es fraglich, ob dies in den Schulen realisiert werden kann. Z.B. in der Gerhard-Hauptmann-Schule ist dies u.a. aufgrund der Personalsituation sehr schwer umzusetzen.

Frau Dr. Lotz ergänzt, dass dies in den Schulen ein gewachsenes Problem ist. Solange die Schulen nicht mit dem erforderlichen Betreuungspersonal und Sonderpädagogen ausgestattet werden, kann das Problem nicht gelöst werden.

*Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.*

## **zu 7 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine**

Frau Müller-Preinsberger erinnert daran, dass der Ausschuss die heutige Sitzung in der Tagespflegeeinrichtung "Herbstsonne" des LAFIM im Kirchsteigfeld durchzuführen wollte. Der Vorschlag konnte leider nicht realisiert werden, da zeitgleich eine andere Veranstaltung in der Einrichtung stattfindet.

Die Ausschusssitzung am 20.09.2011 könnte dann in der Einrichtung durchgeführt werden.

Dem Vorschlag wird zugestimmt. Frau Spyra wird sich mit der Tagespflegeeinrichtung in Verbindung setzen um die Vor-Ort-Sitzung zu organisieren.

Herr Häschel weist darauf hin, dass der Wegweiser für Menschen mit Behinderung erarbeitet wurde.

**Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales:  
20. September 2011, 18:00 Uhr**

**Dr. Gabriele Herzel**  
**Sitzungsleitung**

**Martina Spyra**  
**Schriftführerin**



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

An die Mitglieder

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

---

und nachrichtlich an weitere Teilnehmer  
an der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung /  
des Ausschusses

---

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu der unten näher bezeichneten Sitzung lade ich freundlichst ein.

Lfd. Nr. / Bezeichnung der Sitzung <b>27. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales</b>		
Datum <b>21.06.2011</b>	Uhrzeit <b>18:00 Uhr</b>	Sitzungsort <b>Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81</b>

Mit freundlichen Grüßen

---

Vorsitzende/r



öffentlich

**Betreff:**  
Lebensmittelhygiene

**Einreicher:** Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 17.08.2010

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.09.2010	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Anlehnung an das Modellprojekt „Smiley“ im Berliner Bezirk Pankow, bis April 2011 ein stadtweites Informationssystem über die Ergebnisse der amtlichen Lebensmittelüberwachung aller Gastronomiebetriebe einzurichten.

Die Ergebnisse der Überwachung sind im Internet als auch im Betrieb selbst darzustellen.

Das Informationssystem soll ein Gütesiegel für besonders vorbildliche Betriebe und eine Negativliste enthalten, auf der Betriebe aufgelistet werden, bei denen grobe Verstöße gegen lebensmittelrechtliche Vorschriften festgestellt wurden.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Januar 2011 ein Zwischenbericht zur Umsetzung des Informationssystems vorzulegen.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

### **Begründung:**

Mit der Novellierung des Verbraucherschutzgesetzes (VIG) im Jahre 2008 wurden die Informationsrechte der Verbraucher über die Ergebnisse der amtlichen Lebensmittelüberwachung erweitert.

Der "Smiley" ist ein im März 2009 erstmals im Bezirk Pankow eingeführtes amtliches Gütesiegel. Damit dürfen sich jene gastronomischen Einrichtungen schmücken, die bei der amtlichen Lebensmittelkontrolle eine überdurchschnittliche Qualität und Hygiene nachweisen konnten. Betriebe, die nach einer ersten Kontrolle festgestellte Missstände nicht beseitigt hatten, erhielten dagegen einen Eintrag einer im Internet veröffentlichten sogenannten Negativliste.

Laut Berliner Verbraucherschutzinitiative sei nach anfänglichem Widerstand gegen die Einführung des "Smiley" in Pankow die Akzeptanz gegenüber dieser Qualitätsbewertung und -kontrolle stark gestiegen. Zwar legten rund 30 Prozent der überprüften Betriebe Widerspruch gegen einen Eintrag in die Negativliste ein. Zu einer Gerichtsverhandlung sei es jedoch noch nicht gekommen (Stand Juli 2010).

Die Hygiene in der Gastronomie habe sich bereits innerhalb eines Jahres verbessert. Online-Liste und Smileys gelten unter Gastronomen als wettbewerbsfördernde Instrumente, von denen Verbraucher und Unternehmen gleichermaßen profitieren.



öffentlich

**Betreff:**

Sicherung von Mindeststandards in der Abteilung Psychiatrie

**Einreicher:** Gruppe Die Andere

Erstellungsdatum 07.03.2011

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
06.04.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die städtischen Vertreter/innen in den Gremien und Organen des Klinikums „Ernst von Bergmann“ werden beauftragt, sicherzustellen, dass bei der Entscheidung über den Umzug der Abteilung Psychiatrie nur Varianten geprüft werden, die den Erhalt der erreichten fachlichen Betreuungsstandards sicherstellen.

Ein Umzug an den Standort des Klinikums in der Innenstadt soll nur erwogen werden wenn:

- das Modell des „Potsdamer Tisches“ als Alternative zum „Wegsperrern“ von Patient/innen weiter umgesetzt werden kann
- am neuen Standort eine Unterbringung ausschließlich in Ein- und Zweibettzimmern gesichert ist
- die Diskretion für alle Psychiatriepatient/innen gewährleistet und ihre Stigmatisierung ausgeschlossen ist.

Die Stadtverordnetenversammlung ist rechtzeitig über die Standortentscheidung in den Gremien des Klinikums zu informieren.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:



Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Seit einigen Monaten wird die Verlegung der Abteilung Psychiatrie vom Standort „In der Aue“ in die Innenstadt diskutiert. Die Andere hat sich in einem Vor-Ort-Termin und Gesprächen mit Fachleuten ausführlich zur Thematik informiert. Im Ergebnis halten wir es für sinnvoll, dass frühzeitig Mindeststandards für die Betreuung psychisch erkrankter Menschen im städtischen Klinikum festgelegt werden, um zu verhindern, dass eine Umzugsentscheidung vorrangig als Sparmaßnahme beschlossen und umgesetzt wird.

Unsere skeptische Grundhaltung gegenüber der Umstrukturierung des Klinikums und dem Umzug der Psychiatrie wird dadurch verstärkt, dass uns die Auskunft auf die Anfrage, ob im städtischen Klinikum die Personalpsychiatrieverordnung eingehalten wird (Ds 10/1080) ebenso verweigert wurde, wie die Einsicht in das McKinsey-Gutachten, das als Grundlage für den sog. Transformationsprozess des Klinikums gilt.



## Niederschrift 27. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 21.06.2011
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:50 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

---

### Anwesend sind:

#### Ausschussmitglieder

Frau Dr. Gabriele Herzel	DIE LINKE	Sitzungsleitung
Frau Solveig Sudhoff	DIE LINKE	
Frau Christina Wolf	SPD	
Frau Dr. Brigitte Lotz	Bündnis 90/Die Grünen	

#### stellv. Ausschussmitglieder

Herr Dr. Ralf Otto	SPD
--------------------	-----

#### sachkundige Einwohner

Herr Ronny Besancon	DIE LINKE
Herr Uwe Fröhlich	Grüne/B90
Herr Jörg Jutzi	DIE LINKE
Herr Björn Karl	FDP
Frau Julia Laabs	Die Andere
Frau Thi Minh Lien Ngo	Migrantenbeirat
Herr Jan-Peter Schmarje	Behindertenbeirat

#### Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Soziales, Jugend, Gesundheit
---------------------------------	--

### Nicht anwesend sind:

#### Ausschussvorsitzender

Frau Jana Schulze	DIE LINKE	entschuldigt
-------------------	-----------	--------------

#### Ausschussmitglieder

Frau Heike Judacz	SPD	entschuldigt
Frau Maike Dencker	CDU/ANW	entschuldigt
Herr Björn Teuteberg	FDP	entschuldigt

#### sachkundige Einwohner

Frau Maria von Pawelsz-Wolf	CDU/ANW	entschuldigt
Frau Angela Basekow	SPD	entschuldigt
Herr Wolfgang Günther	SPD	entschuldigt
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat	entschuldigt

**Gäste:**

Frau Martina Trauth-Koschnick	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Karsten Häschel	Beauftragter für Menschen mit Behinderung
Frau Magdolna Grasnack	Beauftragte für Migration und Integration
Herr Dr. Christian Kieser	Klinikum „Ernst von Bergmann“
Frau Angelika Ehebrecht	FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
Herr Dr. Guido Schielke	Amtstierarzt
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

**Tagesordnung:****Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.05.2011 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten
- 4 Bildung des Auswahlgremiums zur Förderung sozial- und  
gesundheitsfürsorgender Angebote
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Lebensmittelhygiene  
Vorlage: 10/SVV/0642  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
- Wiedervorlage -
- 5.2 Sicherung von Mindeststandards in der Abteilung Psychiatrie  
Vorlage: 11/SVV/0210  
Fraktion Die Andere  
- Wiedervorlage -
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Report 2011 des Beauftragten für Menschen mit Behinderung  
11/SVV/0453  
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- 7 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch Frau Dr. Herzel als das an Lebensjahren älteste Mitglied des Ausschusses für Gesundheit und Soziales.

#### zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.05.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Zu Beginn der Sitzung sind 4 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

##### **Bestätigung der Niederschrift vom 17.05.2011**

Frau Dr. Herzel bittet um Abstimmung über die Niederschrift.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 3

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 2

*Der Niederschrift wird zugestimmt.*

##### **Bestätigung der Tagesordnung:**

Frau Dr. Herzel informiert, dass die Vorstellung der Bündnisse für Familien auf Wunsch der Bündnisse zurückgestellt werden soll. Dafür soll als neuer Tagesordnungspunkt 4 die "Bildung des Auswahlgremiums zur Förderung sozial- und gesundheitsfürsorgerischer Angebote" aufgenommen werden. Die entsprechende Drucksache dazu wurde am 01.06.2011 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

Da es keine weiteren Änderungs- bzw. Ergänzungsvorschläge gibt, bittet Frau Dr. Herzel um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 5

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

*Der so geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.*

#### zu 2 Informationen der Verwaltung

##### **Sachstand Bildungs- und Teilhabepaket**

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass bisher 1929 Anträge auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket eingegangen sind. Mit heutigem Datum wurden insgesamt 435 Anträge auf BuT-Leistungen (vorrangig Klassenfahrten

und eintägige Ausflüge) bewilligt.

65 Anträge sind statistisch noch nicht erfasst. 5 Anträge wurden abgelehnt.

Die beantragten Leistungen gliedern sich wie folgt auf:

eintägige Fahrten (Kita): 87

eintägige Fahrten (Schule): 145

mehrtägige Fahrten (Kita): 72

mehrtägige Fahrten (Schule): 411

persönlicher Schulbedarf: 904

gemeinschaftliche Mittagsversorgung Kita: 459

gemeinschaftliche Mittagsversorgung Schule: 253

gemeinschaftliche Mittagsversorgung Hort: 78

Lernförderung: 106

Fahrkosten: 201

soziale und kulturelle Teilhabe: 480

Frau Sudhoff teilt mit, dass sie angesprochen wurde, dass eine Kita-Fahrt vor ca. vier Wochen beantragt wurde und bisher keine Reaktion der Verwaltung erfolgte.

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass die Stellen für das Bildungs- und Teilhabepaket erst seit Mitte Mai besetzt sind und jetzt die Anträge nach Priorität bearbeitet werden.

### **Turmstraße**

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass die Verwaltung beabsichtigt, nach der Sommerpause eine Beschlussvorlage zur Erweiterung der Kapazitäten für das Familienhaus in der Turmstraße auf den Weg zu bringen. Aufgrund der drastisch gesunkenen Bedarfszahlen für die Unterbringung jüdischer Auswanderer ist die Aufrechterhaltung dieser Unterbringungsform nicht mehr erforderlich. Um den Leerstand des Objektes zu verhindern und gleichzeitig dem erhöhten Unterbringungsbedarf für das Familienhaus gerecht zu werden, ergibt sich damit die Möglichkeit zur Erweiterung des Familienhauses, was auch die weitere Unterbringung der wenigen verbliebenen jüdischen Auswanderer ermöglicht. Die am Standort vorhandenen Kapazitäten ändern sich damit nicht. Auch dem Vertrag zur sozialen Nutzung des Objektes wird weiter Rechnung getragen. Am 24.05.2011 wurde dazu eine Anwohnerversammlung durchgeführt, die sehr positiv verlaufen ist.

Die AWO als Träger muss dann zusichern, dass die Betreuungskapazität entsprechend ausgebaut wird.

### **Ehrenamtspass**

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass sich die LHP an den Freiwilligenpass des Landes Brandenburg angepasst hat. Die Staatskanzlei hat landesweit ca. 700 PassinhaberInnen registriert. Für die LHP kann diesbezüglich noch keine Aussage getroffen werden, da die Separierung nach Gebietskörperschaften aufwandsbedingt noch nicht möglich ist.

Sie schlägt vor, das Thema Ehrenamt gesondert als Tagesordnungspunkt in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Gesundheit und Soziales zu behandeln.

Abschließend weist Frau Müller-Preinesberger darauf hin, dass derzeit mit dem Hans-Otto-Theater über eine wertige Anerkennung des Passes dahingehend beraten wird, dass für maximal zwei Eintrittskarten pro Passinhaber eine 30%ige Ermäßigung gewährt wird.

### zu 3 **Berichte aus den Beiräten**

#### **Behindertenbeirat**

Herr Schmarje spricht die Barrierefreiheit der Potsdamer Polizeidienststellen an und macht darauf aufmerksam, dass es auch in der Polizeiwache in der Henning-von-Tresckow-Straße einen barrierefreien Zugang gibt. Dieser ist aufgrund der Baumaßnahmen zurzeit nicht gut zu erreichen.

Des Weiteren verweist Herr Schmarje auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage zur Neubesetzung der Behindertenberatungsstelle, aus der hervor geht, dass auch der Behindertenbeirat Beratungen durchführt. Diese Beratung kann nicht gewährleistet werden.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass dies so nicht gemeint und auch nicht beabsichtigt ist. Eine Nachbesetzung der Stelle ist angedacht.

Anschließend teilt Herr Schmarje mit, dass der Behindertenbeirat Informationen hat, dass der geplante Hort in Fahrland nicht barrierefrei gebaut werden soll, da auch die Schule nicht barrierefrei ist.

Da Frau Müller-Preinesberger davon keine Kenntnis hat, nimmt sie dies zur Klärung in die Verwaltung mit.

Abschließend informiert Herr Schmarje, dass in der vergangenen Woche der Potsdamer Ring für Menschen mit Behinderung gegründet wurde.

#### **Migrantenbeirat**

Frau Ngo berichtet aus der Sitzung des Behindertenbeirates vom 16.06.2011. In der Sitzung wurde das Sportprojekt für Frauen mit Migrationshintergrund im Rahmen des Landesprojektes "Integration durch Sport" vorgestellt. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass die Schwimmkurse für Frauen erfolgreich durchgeführt wurden.

Des Weiteren wurde über den Abruf der Dolmetscherleistungen der Stadtverwaltung beraten, da im Rahmen der Integrationskonferenz der LHP darauf hingewiesen wurde, dass Geldleistungen aus diesem Fonds abgerufen werden können. Nach Auskunft der Verwaltung wurden bisher nur zwei Anträge gestellt werden.

Außerdem wurde das neue EU-Projekt „DICI – Discrimination in Cities: Achieving Change Through Cooperation“ vorgestellt.

Frau Dr. Herzel erinnert daran, dass verabredet wurde, dass die Vertreter der Beiräte im Vorfeld der Ausschusssitzung eine kurze Zusammenfassung ihrer Berichte an Frau Spyra senden, um die Informationen an alle Ausschussmitglieder schriftlich ausreichen zu können.

### zu 4 **Bildung des Auswahlgremiums zur Förderung sozial- und gesundheitsfürsorgender Angebote**

Frau Müller-Preinesberger verweist auf die Richtlinie zur Förderung sozial- und gesundheitsfürsorgender Angebote, die dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales in der Sitzung am 17.05.2011 vorgestellt wurde. Gemäß der Richtlinie, die am 01.06.2011 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde,

sollen in dem zu bildenden Auswahlgremium drei Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit und Soziales mitarbeiten. Bisher haben Frau Schulze, Herr Günther und Frau Ngo ihr Interesse an der Mitwirkung im Auswahlgremium bekundet.

Herr Fröhlich bekundet ebenfalls sein Interesse an der Mitarbeit in dem Auswahlgremium.

Da es nun vier Kandidaten für die Mitarbeit im Auswahlgremium gibt, erfolgt eine geheime Wahl mittels Stimmzettel.

Frau Dr. Herzel ruft die stimmberechtigten Ausschussmitglieder einzeln zur Stimmabgabe einzeln auf. Alle fünf anwesenden Ausschussmitglieder nehmen an der Stimmabgabe teil.

Die Verteilung der abgegebenen Stimmen erfolgt wie folgt:

Herr Fröhlich erhält 5 Stimmen

Herr Günther erhält 4 Stimmen

Frau Schulze erhält 3 Stimmen

Frau Ngo erhält 1 Stimme

*Somit sind **Frau Schulze, Herr Günther und Herr Fröhlich** in das Auswahlgremium gewählt.*

## zu 5 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

### zu 5.1 **Lebensmittelhygiene**

**Vorlage: 10/SVV/0642**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- Wiedervorlage -

Frau Dr. Lotz weist darauf hin, dass sich derzeit die Situation etwas geändert hat. Sie bittet die Verwaltung um eine Aussage zum aktuellen Stand.

Herr Dr. Schielke informiert, dass die Verbraucherschutzministerkonferenz am 19.05.2011 die Einführung des Bewertungssystems zum 01.01.2012 beschlossen hat. Das System wird als Hygieneampel oder auch Hygienebarometer bezeichnet und soll bundeseinheitlich umgesetzt werden. Eine Länderarbeitsgruppe hatte im Vorfeld ein entsprechendes System erarbeitet. Geplant ist die gestaffelte Einführung, zunächst in Betrieben mit direktem Verbraucherkontakt.

Herr Dr. Schielke macht deutlich, dass für die Umsetzung ein personeller und materieller Mehrbedarf entsteht.

Frau Dr. Lotz fragt, ob die Veröffentlichung im Internet per Gesetz vorgesehen ist.

Herr Dr. Schielke bejaht dies.

Herr Fröhlich hält es für wichtig, im zweiten Schritt auch die Catering-Anbieter einzubeziehen.

Herr Dr. Otto schlägt vor, den Antrag für erledigt durch Verwaltungshandeln zu betrachten ist, da der Gesetzesentwurf über das hinaus geht, was hier beantragt wurde.

Frau Dr. Lotz bittet darum, dass der Ausschuss für Gesundheit und Soziales informiert wird, wenn das Gesetz in Kraft tritt.

Frau Müller-Preinesberger sichert die Information zu, sobald das Gesetz beschlossen ist.

*Der Antrag wird durch die Antragsteller zurückgezogen.*

## zu 5.2 **Sicherung von Mindeststandards in der Abteilung Psychiatrie**

**Vorlage: 11/SVV/0210**

Fraktion Die Andere

- Wiedervorlage -

Frau Heigl bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Dr. Kieser (Klinikum „Ernst von Bergmann“) macht deutlich, dass mit dem Antrag das Grundanliegen des Klinikums „Ernst von Bergmann“ getroffen wird. Es sollen aber nicht nur die Mindeststandards erfüllt, sondern die bestmögliche Betreuung erfolgen.

In den Gesamtüberlegungen zum Umzug muss es darum gehen, dass das medizinische Konzept erhalten bleibt und weiterentwickelt werden kann. Das Raumkonzept muss sich an das medizinische Konzept anpassen.

Frau Sudhoff fragt, worum es in der Psychiatriepersonalverordnung geht.

Herr Dr. Kieser erklärt, dass hiermit die Personalbemessung für die Patienten festgelegt wird.

Frau Dr. Lotz fragt die Antragstellerin, ob diese hier Zweifel hegt.

Frau Heigl erklärt, dass bei der Umsetzung Probleme gesehen werden.

Herr Besancon richtet an Herrn Dr. Kieser die Frage, ob dieser aus fachlicher Sicht empfiehlt, dem Antrag zuzustimmen.

Herr Dr. Kieser macht deutlich, dass er an den bestmöglichen Standards interessiert ist.

Frau Laabs weist darauf hin, dass es im Zusammenhang mit dem geplanten Umzug bereits Proteste von Patienten gab.

Frau Müller-Preinesberger betont, dass es die Aufgabe des Klinikums ist, psychiatrische Erkrankungen zu erkennen und zu behandeln. Sie weist darauf hin, dass im Klinikum „Ernst von Bergmann“ sehr sensibel mit diesem Thema umgegangen wird. Sie macht auch deutlich, dass andere Kliniken ähnlich verfahren.

Anschließend macht sie darauf aufmerksam, dass der erste und dritte Anstrich des Antrages bereits gesichert sind. Im zweiten Anstrich sollte nicht „ausschließlich“ sondern „möglichst“ formuliert werden. Hier muss auch mit den Krankenkassen bezüglich der Finanzierung verhandelt werden. Sie sagt zu, den Ausschuss für Gesundheit und Soziales dann entsprechend zu informieren.

Frau Dr. Lotz fragt, ob es am Standort In der Aue auch Dreibettzimmer gibt.

Herr Dr. Kieser bejaht dies. Er macht darauf aufmerksam, dass die Integration der psychisch Kranken sehr wichtig ist. Dies ist in Krankenhäusern gut zu



realisieren. Er macht deutlich, dass es in Potsdam eine Abteilungspsychiatrie gibt. Dies ist aus seiner Erfahrung für psychisch Erkrankte sehr wichtig und aus fachlicher Sicht der absolut richtige Weg.

Frau Dr. Herzel fragt die Antragstellerin, wie mit dem zweiten Anstrich des Antrages umgegangen werden soll.

Frau Laabs übernimmt den Vorschlag von Frau Müller-Preinesberger und formuliert den zweiten Anstrich wie folgt um:

*„- am neuen Standort eine Unterbringung **möglichst** in Ein- und Zweibettzimmern gesichert ist“*

Sie bittet, über den Antrag in der so geänderten Fassung abzustimmen.

Herr Dr. Otto weist darauf hin, dass der dritte Anstrich dem eigentlichen Anliegen widerspricht.

Frau Müller-Preinesberger macht darauf aufmerksam, dass der letzte Satz des Antrages bereits erfüllt ist. Die Information ist erfolgt. Der vorliegende Antrag suggeriert, dass Bedingungen nicht bedacht werden.

Frau Heigl ändert den ersten Satz des Antrages wie folgt:

*„Die städtischen Vertreter/innen in den Gremien und Organen des Klinikums „Ernst von Bergmann“ werden beauftragt, sicherzustellen, dass **die Mindeststandards bei einem Umzug der Abteilung Psychiatrie des Klinikums „Ernst von Bergmann“ in die Innenstadt folgende Punkte beinhalten:**“*

Frau Müller-Preineberger macht nochmals deutlich, dass die Diskretion gesichert ist.

Frau Sudhoff empfindet eher den Standort in der Aue als diskriminierend.

Herr Dr. Otto stellt folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung**:

*Es erfolgt die gesonderte Abstimmung zu den einzelnen Anstrichen des Antrages.*

Frau Dr. Herzel bittet um Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 5  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

Frau Dr. Herzel bittet um Abstimmung über den ersten Anstrich des Antrages.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 0  
Ablehnung: 5  
Stimmenthaltung: 0

Frau Dr. Herzel bittet um Abstimmung über den zweiten Anstrich des Antrages.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 5  
Ablehnung: 0

Stimmhaltung: 0

Frau Dr. Herzel bittet um Abstimmung über den dritten Anstrich des Antrages.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 0

Ablehnung: 4

Stimmhaltung: 1

Frau Dr. Herzel bittet um Abstimmung über den so geänderten Antrag.

**Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:**

Die städtischen Vertreter/innen in den Gremien und Organen des Klinikums „Ernst von Bergmann“ werden beauftragt, sicherzustellen, dass bei der Entscheidung über den Umzug der Abteilung Psychiatrie nur Varianten geprüft werden, die den Erhalt der erreichten fachlichen Betreuungsstandards sicherstellen.

Ein Umzug an den Standort des Klinikums in der Innenstadt soll nur erwogen werden wenn:

**die Mindeststandards bei einem Umzug der Abteilung Psychiatrie des Klinikums „Ernst von Bergmann“ in die Innenstadt folgende Punkte beinhalten:**

- das Modell des „Potsdamer Tisches“ als Alternative zum „Wegsperrn“ von Patient/innen weiter umgesetzt werden kann

- am neuen Standort eine Unterbringung ausschließlich **möglichst** in Ein- und Zweibettzimmern gesichert ist

- die Diskretion für alle Psychiatriepatient/innen gewährleistet und ihre Stigmatisierung ausgeschlossen ist.

Die Stadtverordnetenversammlung ist rechtzeitig über die Standortentscheidung in den Gremien des Klinikums zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 1

Ablehnung: 2

Stimmhaltung: 2

*Somit ist der Antrag abgelehnt.*

Frau Laabs gibt eine persönliche Erklärung ab. Sie macht deutlich, dass sie den Eindruck hat, dass immer wenn das Klinikum „Ernst von Bergmann“ thematisiert wird, geblockt wird. Sie hat das Gefühl, dass über das Klinikum nicht geredet werden soll.

Anschließend fragt Frau Laabs, ob die Verwaltung über die Entwicklungen im Ausschuss für Gesundheit informieren könne.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass die fachliche Diskussion sehr ausführlich geführt wurde. Es wird nicht die Entwicklung abgelehnt, sondern der Antrag in der vorliegenden Fassung.

Frau Müller-Preinesberger sagt zu, den Ausschuss über die Entwicklung zu informieren.

**zu 6 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 6.1 Report 2011 des Beauftragten für Menschen mit Behinderung  
11/SVV/0453**

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Herr Häschel schlägt vor, auf Fragen der Ausschussmitglieder zu antworten, da der Bericht in der Stadtverordnetenversammlung am 01.06.2011 vorgestellt wurde. Er weist auf die Arbeitsgruppen hin, die eingerichtet werden, um möglichst eine Vielfalt an Meinungen zu bekommen. Die Arbeitsgruppe „Bildung und Kultur“ startet bereits in der kommenden Woche.

Abschließend informiert er, dass das Konzept zum Teilhabeplan möglichst bis zum Ende des Jahres erarbeitet werden soll.

Frau Dr. Lotz spricht den „Appell an eine humane Arbeitswelt“ (Seite 6) an und fragt, ob es für das Land Brandenburg zu Burn-out-Erkrankungen Daten gibt.

Herr Häschel hat diesbezüglich keine genauen Zahlen, weiß aber, dass die Zahl deutlich zugenommen hat.

Frau Laabs weist darauf hin, dass die Situation in den Schulen in Bezug auf inklusive Bildung katastrophal ist. Aus ihrer Sicht ist es fraglich, ob dies in den Schulen realisiert werden kann. Z.B. in der Gerhard-Hauptmann-Schule ist dies u.a. aufgrund der Personalsituation sehr schwer umzusetzen.

Frau Dr. Lotz ergänzt, dass dies in den Schulen ein gewachsenes Problem ist. Solange die Schulen nicht mit dem erforderlichen Betreuungspersonal und Sonderpädagogen ausgestattet werden, kann das Problem nicht gelöst werden.

*Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.*

**zu 7 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine**

Frau Müller-Preinsberger erinnert daran, dass der Ausschuss die heutige Sitzung in der Tagespflegeeinrichtung "Herbstsonne" des LAFIM im Kirchsteigfeld durchzuführen wollte. Der Vorschlag konnte leider nicht realisiert werden, da zeitgleich eine andere Veranstaltung in der Einrichtung stattfindet.

Die Ausschusssitzung am 20.09.2011 könnte dann in der Einrichtung durchgeführt werden.

Dem Vorschlag wird zugestimmt. Frau Spyra wird sich mit der Tagespflegeeinrichtung in Verbindung setzen um die Vor-Ort-Sitzung zu organisieren.

Herr Häschel weist darauf hin, dass der Wegweiser für Menschen mit Behinderung erarbeitet wurde.

**Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales:  
20. September 2011, 18:00 Uhr**

**Dr. Gabriele Herzel**

**Martina Spyra**

**Sitzungsleitung**

**Schriftführerin**



## Niederschrift 27. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 21.06.2011
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:50 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

---

### Anwesend sind:

#### Ausschussmitglieder

Frau Dr. Gabriele Herzel	DIE LINKE	Sitzungsleitung
Frau Solveig Sudhoff	DIE LINKE	
Frau Christina Wolf	SPD	
Frau Dr. Brigitte Lotz	Bündnis 90/Die Grünen	

#### stellv. Ausschussmitglieder

Herr Dr. Ralf Otto	SPD
--------------------	-----

#### sachkundige Einwohner

Herr Ronny Besancon	DIE LINKE
Herr Uwe Fröhlich	Grüne/B90
Herr Jörg Jutzi	DIE LINKE
Herr Björn Karl	FDP
Frau Julia Laabs	Die Andere
Frau Thi Minh Lien Ngo	Migrantenbeirat
Herr Jan-Peter Schmarje	Behindertenbeirat

#### Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Soziales, Jugend, Gesundheit
---------------------------------	--

### Nicht anwesend sind:

#### Ausschussvorsitzender

Frau Jana Schulze	DIE LINKE	entschuldigt
-------------------	-----------	--------------

#### Ausschussmitglieder

Frau Heike Judacz	SPD	entschuldigt
Frau Maike Dencker	CDU/ANW	entschuldigt
Herr Björn Teuteberg	FDP	entschuldigt

#### sachkundige Einwohner

Frau Maria von Pawelsz-Wolf	CDU/ANW	entschuldigt
Frau Angela Basekow	SPD	entschuldigt
Herr Wolfgang Günther	SPD	entschuldigt
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat	entschuldigt

**Gäste:**

Frau Martina Trauth-Koschnick  
Herr Karsten Häschel  
Frau Magdolna Grasnick  
Frau Martina Spyra

Gleichstellungsbeauftragte  
Beauftragter für Menschen mit Behinderung  
Beauftragte für Migration und Integration  
Schriftführerin

**Tagesordnung:****Nichtöffentlicher Teil**

- 8 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.05.2011
- 9 Information der Verwaltung

**Protokoll:****Nichtöffentlicher Teil**

- zu 8 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.05.2011**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 4  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

- zu 9 Information der Verwaltung**

Frau Müller-Preinesberger informiert über die finanziellen Probleme des „Konsens“ e.V. und macht dabei deutlich, dass sich der Betreiber des Hauses Dortustraße 65 nicht in der Lage sieht, die vereinbarten Erbpachtbeträge zahlen zu können. Bisher haben drei Gespräche zur Klärung am Tisch von Frau Müller-Preinesberger stattgefunden. Ein viertes Gespräch wird am 22.06.2011 folgen. Die Gespräche gestalten sich sehr schwierig. Der Ausgang der Gespräche ist noch nicht abzusehen. Derzeit stehen 15.000 Euro Erbpachtbeträge aus, deren Vollstreckung bisher von Pro Potsdam ausgesetzt wurde.

**Dr. Gabriele Herzel**  
Sitzungsleitung

**Martina Spyra**  
Schriftführerin

**Landeshauptstadt Potsdam  
Stadtverordnetenversammlung**

**Anwesenheitsliste**

Gremium	Sitzungstag	Sitzungs-Nr.	Sitzungsdauer: von - bis
<b>Ausschuss für Gesundheit und Soziales</b>	<b>21.06.2011</b>	<b>27.</b>	<b>18:00            Uhr</b>

Sitzungsleitung:	
------------------	--

Name, Vorname	Fraktion	anwesend: von - bis	Unterschrift
---------------	----------	------------------------	--------------

**Ausschussvorsitzender**

Frau Jana Schulze	DIE LINKE	entschuldigt	
-------------------	-----------	--------------	--

**Ausschussmitglieder**

Frau Dr. Gabriele Herzel	DIE LINKE		
Frau Heike Judacz	SPD	entschuldigt	
Frau Christina Wolf	SPD		
Frau Maike Dencker	CDU/ANW		
Herr Björn Teuteberg	FDP		
Frau Dr. Brigitte Lotz	Bündnis 90/Die Grünen		

**stellv. Ausschussmitglieder**

Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE		
Frau Olga Schummel	DIE LINKE		
Frau Solveig Sudhoff	DIE LINKE		
Herr Till Meyer	SPD		
Herr Dr. Ralf Otto	SPD		
Herr Hans-Wilhelm Dünn	CDU/ANW		
Herr Michael Schröder	CDU/ANW		

Frau Martina Engel-Fürstberger	FDP		
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten		
Herr Martin Kühn	Bündnis 90/Die Grünen		

### **sachkundige Einwohner**

Frau Maria von Pawelsz-Wolf	CDU/ANW	entschuldigt	
Frau Angela Basekow	SPD	entschuldigt	
Herr Ronny Besancon	DIE LINKE		
Herr Uwe Fröhlich	Grüne/B90		
Herr Wolfgang Günther	SPD	entschuldigt	
Herr Jörg Jutzi	DIE LINKE		
Herr Björn Karl	FDP		
Frau Julia Laabs	Die Andere		
Frau Thi Minh Lien Ngo	Migrantenbeirat		
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat	entschuldigt	
Herr Jan-Peter Schmarje	Behindertenbeirat		

### **Beigeordnete**

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Soziales, Jugend, Gesundheit		
---------------------------------	---	--	--